

Vom Leitungsbereich auszufüllen.		
Eingangsdatum Leitung 01.11.2022	Tagebuchnummer S-221031-022	eDW-Nummer 2022.10.31/00001

27. Oktober 2022 <u>zur Entscheidung</u> Minister a.d.D. <u>Betr.:</u> Bescheidung des UIG-Antrags von Herrn Gräber (Cicero) bzgl. Zugang zu allen Unterlagen zu der ab 24. Februar diskutierten Laufzeitverlängerung deutscher KKW	BM	
	Koor	
	PSt z.K.	
	St	St Gr, 03.11.2022

Aktenzeichen		IIIA1 -		
Bearb.	RL	Mitz.	UAL	AL
ORR'in Dr. Busse [REDACTED] Busse, IIIA1, 28.10.22	MR Schultz [REDACTED] MS, IIIA1, 31.10.22	ZR	i.V. AP, IIIA3-S, 31.10.22	i.V. Bro, IIIC, 31.10.22

St Gr, 03.11.2022

Bitte zurück an FE. Dem Votum wird nicht gefolgt. Mit dem UIG-Bescheid des BMUV vom 15.09.2022 ist eine neue Sachlage entstanden. Der Bescheid zum UIG-Antrag ist daher entsprechend anzupassen. Zudem unterfallen mehrere der vorgelegten Dokumente UIG-Ausschlussgründen. Es wird daher um Neuvorlage an St Gr gebeten unter Berücksichtigung folgender Maßgaben:

- Die folgenden Dokumente unterliegen Ausschlussgründen nach UIG und sind nicht herauszugeben; um Prüfung in Abstimmung mit ZR wird gebeten:
 - Mail von St Tidow an St Gr vom 24.06.2022, 20:01, insbesondere aufgrund von § 8 Abs. 1 Nr. 2 UIG
 - Entwurf: Vermerk zur Kritik am Prüfvermerk von BMWK und BMUV vom 11.06.2022, insbesondere aufgrund von § 8 Abs. 1 Nr. 2 und § 8 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 4 UIG
 - Mail von St Gr an St Tidow vom 28.02.2022, 11:05, insbesondere aufgrund von § 8 Abs. 1 Nr. 2 UIG

- Mail von EnBW an St Gr vom 07.03.2022, 16:49, insbesondere aufgrund von § 8 Abs. 2 Nr. 4 UIG
- BMWK, Vermerk vom 03.03.2022 zur vorläufigen energiewirtschaftlichen Bewertung, insbesondere aufgrund von § 8 Abs. 1 Nr. 2 und § 8 Abs. 2 Nr. 2 UIG
- BMWK, Vermerk vom 21.06.2022 zur Fachlichen Bewertung der GRS, insbesondere aufgrund von § 8 Abs. 1 Nr. 2 und § 8 Abs. 2 Nr. 2 UIG

2. Die folgenden Dokumente wurden bereits durch das BMUV mit Bescheid vom 15.09.2022 herausgegeben. Von einer erneuten Herausgabe ist daher abzusehen. Die Ablehnung ist im Bescheid entsprechend zu erläutern:

- Mail von St Gr an St Tidows vom 13.07.2022 21:05
- Schreiben von BAY StMUV an St Tidow vom 08.07.2022
- Final abgestimmtes Protokoll vom 07.03.2022
- Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken vom 07.03.2022
- EnBW, Grundsätzliche Möglichkeiten zur Optimierung der Versorgungssicherheit vom 02.03.2022
- RWE, Prüfungskriterien für einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke
- BMWK, Stellungnahme zur Pet 1-20-09-752-008742 vom 22.06.2022
- Vermerk zur Kritik am Prüfvermerk von BMWK und BMUV vom 11.06.2022

3. Die folgenden Dokumente sind nicht vom Antragsgegenstand erfasst und sind nicht herauszugeben:

- Mail von St Gr an RWE vom 03.03.2022
- MPI, Schreiben vom 26.02.2022 zu Kernenergie und Wasserstoff-Helium-Fusion
- BMWK, Vermerk vom 22.04.2022

Anlagen: 1) Bescheid zum UIG-Antrag
2) Unterlagen, wie zur Einsichtnahme aufbereitet

Büro M bat um Möglichkeit zur Kenntnisnahme der finalen Zusammenstellung der Dokumente zu diesem UIG-Antrag vor Einsichtnahme durch den Antragssteller.

I. Votum

- 1) Bescheidung des Antrags entsprechend des beiliegenden Entwurfs des Bescheids (vgl. Anlage 1).
- 2) Zeitnahe Möglichkeit zur Einsichtnahme der beantragten Dokumente, soweit nach Einschätzung der Fachebene in Rücksprache mit ZR keine Ablehnungsgründe vorliegen (vgl. Anlage 2).

II. Sachverhalt

Herr Gräber begehrt mit Antrag vom 16. Juli 2022 nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) Zugang zu allen Unterlagen, die dem BMWK zu der ab dem 24. Februar 2022 diskutierten Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung oder Wiederinbetriebnahme deutscher Kernkraftwerke vorliegen. Insbesondere begehrt er Einsicht in:

- Schriftwechsel (auch elektronische) und sonstige Kommunikation (Gesprächsprotokolle, Vermerke, etc.) zwischen BMWK und BMUV sowie weiteren Stellen des Bundes und der Länder
- Schriftwechsel (auch elektronische) und sonstige Kommunikation (Gesprächsprotokolle, Vermerke, etc.) zwischen dem BMWK und/oder dem BMUV und den Betreibern der Kernkraftwerke
- Stellungnahmen, Prüfberichte und sonstige Äußerungen von Sachverständigen, Fachverbänden oder sonstigen Stellen inklusive der dazugehörigen Schriftwechsel sowie internen Bewertungen und sonstigen Reaktionen.

Einen wortgleichen Antrag richtete der Petent an das BMUV. Von dort erging am 15. September 2022 ein grundsätzlich stattgebender Bescheid. In Bezug auf die überschneidenden Dokumente teilen BMUV und die Fachebene des BMWK nach telefonischer Rücksprache grundsätzliche Auffassungen über die Herausgabe.

III. Stellungnahme

Nach dem UIG besteht ein grundsätzlicher Anspruch auf Herausgabe der geforderten Dokumente. Ablehnungsgründe sind nur teilweise ersichtlich und wurden bei der Zusammenstellung bzw. Schwärzung der Dokumente berücksichtigt. Nicht für die Herausgabe vorgesehen sind insbesondere als VS-NfD klassifizierte Unterlagen, Vorversionen zu den finalen Dokumenten, Mailverkehr zu internen Abstimmungsprozessen sowie Dokumente zu Vorgängen nach Antragseingang (Stichtag ist der 16. Juli 2022). Zudem wurden personenbezogene Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschwärzt. Damit hatte sich der Antragsteller einverstanden erklärt. In die so aufbereiteten Dokumente sollte dem Petenten zeitnah Einsicht gewährt werden. Da bereits mehr als drei Monate seit Antragseingang verstrichen sind, könnte Herr Gräber bereits jetzt eine Untätigkeitsklage anstrengen.

Vom Leitungsbereich auszufüllen.		
Eingangsdatum Leitung 07.11.2022	Tagebuchnummer S-221104-041	eDW-Nummer 2022.11.04/00056

4. November 2022 <u>zur Entscheidung</u> St Gr a.d.D. <u>Betr.:</u> Bescheidung des UIG-Antrags von Herrn Gräber (Cicero) bzgl. Zugang zu allen Unterlagen zu der ab 24. Februar diskutierten Laufzeitverlängerung deutscher KKW	BM	
	Koor	
	PSt z.K.	
	St	Graichen, St-Gr , 07.11.22

Aktenzeichen	IIIA1 -			
Bearb. ORR'in Dr. Busse [REDACTED]	RL MR Schultz [REDACTED] MS, IIIA1, 05.11.22	Mitz. ZR	UAL i.V. AP, IIIA3-S, 07.11.22	AL i.V. AP, IIIA3-S, 07.11.22

- Anlagen:
- 1) Bescheid zum UIG-Antrag
 - 2) Unterlagen
 - 3) Bescheid des BMUV vom 15.09.2022
 - 4) Öffentlich zugängliche Unterlagen

I. Votum

- 1) Bescheidung des Antrags entsprechend des beiliegenden Entwurfs des Bescheids (vgl. Anlage 1).
- 2) Übersendung der beantragten Dokumente, soweit diese nicht bereits vom BMUV an den Antragsteller übermittelt wurden, und nach Einschätzung der Fachebene in Rücksprache mit ZR keine Ablehnungsgründe vorliegen (vgl. Anlage 2).
- 3) Beifügung auch öffentlich zugänglicher Unterlagen (Anlage 4).

II. Sachverhalt

Herr Gräber begehrt mit Antrag vom 16. Juli 2022 nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) Zugang zu allen Unterlagen, die dem BMWK und dem BMUV zu der ab dem 24. Februar 2022 diskutierten Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung oder Wiederinbetriebnahme deutscher Kernkraftwerke vorliegen. Insbesondere begehrt er Einsicht in:

- Schriftwechsel (auch elektronische) und sonstige Kommunikation (Gesprächsprotokolle, Vermerke, etc.) zwischen BMWK und BMUV sowie weiteren Stellen des Bundes und der Länder
- Schriftwechsel (auch elektronische) und sonstige Kommunikation (Gesprächsprotokolle, Vermerke, etc.) zwischen dem BMWK und/oder dem BMUV und den Betreibern der Kernkraftwerke
- Stellungnahmen, Prüfberichte und sonstige Äußerungen von Sachverständigen, Fachverbänden oder sonstigen Stellen inklusive der dazugehörigen Schriftwechsel sowie internen Bewertungen und sonstigen Reaktionen.

Seinen Antrag richtete der Petent im Rahmen seiner E-Mail zugleich an BMWK und BMUV. Seitens BMUV erging daraufhin am 15. September 2022 ein grundsätzlich stattgebender Bescheid (Anlage 3).

III. Stellungnahme

Nach dem UIG besteht ein grundsätzlicher Anspruch auf teilweise Herausgabe der geforderten Dokumente. Soweit diese Dokumente dem Antragsteller bereits aufgrund des Bescheids des BMUV vorliegen und sich ein Anspruch darauf erstreckt, wird im Bescheid darauf verwiesen, dass auf eine erneute Zusendung durch BMWK verzichtet wird.

Soweit Ablehnungsgründe ersichtlich waren, wurden diese bei der Zusammenstellung bzw. Schwärzung der Dokumente berücksichtigt. Nicht für die Herausgabe vorgesehen sind insbesondere als VS-NfD klassifizierte Unterlagen, Vorversionen zu den finalen Dokumenten, Mailverkehr zu internen Abstimmungsprozessen sowie Dokumente zu Vorgängen nach Antragseingang (Stichtag ist der 16. Juli 2022).

Zudem wurden personenbezogene Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschwärzt. Damit hatte sich der Antragsteller einverstanden erklärt.